

Voller Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ

des Deutschen Tattler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Abonnements bei den Postämtern. Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III} Erscheint alle 8 Tage
Fernsprecher: Amt Morikplatz Nr. 2120

Der Kampf um die Zollvorlage.

Die von der Regierung eingebrachte kleine Zollvorlage ist im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat beraten worden, sie ist in diesen Tagen dem Reichstag zur ersten Lesung zugegangen. Damit ist der Kampf um die Zollvorlage in sein letztes entscheidendes Stadium getreten, obwohl erst wenige Wochen verfloßen sind, seitdem er überhaupt in vollem Umfange eröffnet worden ist.

Es ist nötig, bevor man sich mit der Vorlage im einzelnen befaßt, auf diese Taktik der Regierung, auf diesen Versuch, die Zollgesetzte mit allen Mitteln durchzusetzen, immer wieder hinzuweisen. Obwohl beispielsweise der Reichswirtschaftsrat seit mehr als einem halben Jahre immer wieder von der Regierung verlangt hat, daß ihm endlich die Vorschläge der Regierung zur eingehenden Beratung unterbreitet würden, hat die Regierung die Eröffnung der öffentlichen Diskussion immer wieder hinausgezögert. Erst am 19. Mai ist der Gesetzentwurf über Zolländerungen, die sogenannte kleine Zollvorlage, dem Reichswirtschaftsrat in vollem Umfange, nämlich einschließlich der wichtigsten Positionen, der Zölle auf Lebensmittel, vorgelegt worden. Gleichzeitig mit dieser verspäteten Vorlage setzte nun aber das schärfste Drängen der Regierung ein, die Beratungen auf das äußerste zu beschleunigen. In seinem offiziellen Bericht über die Ergebnisse seiner Beratungen beklagt sich der verstärkte Zolltarifausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über dieses Drängen der Regierung. Während der Reichswirtschaftsrat den Wunsch gehabt hatte, sich mit der Angelegenheit ganz ausführlich zu befassen, hat der Zolltarifausschuß den an ihn gestellten Anforderungen der Regierung in nur vier Sitzungen genügen müssen. Obwohl vor allem durch das energische Vorgehen der Arbeitervertreter in die Beratungen alle nur mögliche Gründlichkeit hineingetragen worden ist, hat die Regierung beim Reichswirtschaftsrat ihre Absicht, die Beratungen sehr abzukürzen, leider in ziemlichem Umfange erreicht.

Dieselbe Taktik, die Beratungen mit allen Mitteln zu beschleunigen und damit die Möglichkeiten einer gründlichen Prüfung zu verkürzen, soll nun wieder im Reichstag befolgt werden. Auch hier wird sie auf den entschlossenen Widerstand vor allem bei den Vertretern der Arbeiterchaft stoßen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Reichstag seine Zustimmung in einer so wichtigen und für unsere ganze wirtschaftliche Zukunft entscheidenden Angelegenheit gibt, ohne daß alle Mittel zu einer gründlichen Prüfung vorher angewandt wurden.

Das offensichtlich Bestreben der Regierung, eine solche Prüfung zu verhindern, spricht bereits sehr gegen den sachlichen Wert ihrer Vorlage. Wenn wir gegen diesen Gesetzesentwurf zunächst in seiner Gesamtheit anheben, so erkennen wir sehr bald seinen wahren Charakter. Was hier dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft auferlegt werden soll, ist ein System des fast lückenlosen Hochschutzes. Der Zoll ist lückenlos, denn er umfaßt nicht nur die industriellen Fertigfabrikate, sondern auch eine große Reihe von Rohstoffen der Industrie (Roh Eisen!) und der Landwirtschaft (Zuttermittel!). Er enthält vor allem auch, was für die Massen der Verbraucher am wichtigsten ist, einen fast lückenlosen Zollschutz aller Lebensmittel, einschließlich der Hauptnahrungsmittel der ärmsten Klassen der Bevölkerung, Brot, Kartoffeln und Margarine. Und es ist ein ausgesprochen Hochschutz, denn gegenüber den gewiß schon in dem Regierungsentwurf beträchtliche Erhöhungen, zum Teil Verdoppelungen und Verdreifachungen, vorsehen, und bei einzelnen Erzeugnissen, wie z. B. bei den für die Landwirtschaft so wichtigen Rotorpfügen, beträgt der neue Zollsatz sogar das 20fache der Vorkriegszeit.

Da, wie wir gesehen haben, die Regierung den parlamentarischen Körperschaften allzuwenig Zeit zur Prüfung der Vorlage gelassen hat und noch weiter

zu lassen gedenkt, so sollte man wenigstens annehmen, daß diese Vorlage selbst auf das allergründlichste vorbereitet worden und daß vor allem die amtliche Begründung, die die Regierung dazu gegeben hat, ein Muster von Sachlichkeit und wissenschaftlicher Gründlichkeit wäre. Es ist jedoch das genaue Gegenteil festzustellen. Wie überaus dürftig und wissenschaftlich unhaltbar diese Begründung der Regierungsvorlage ist, das zeigt die einmütige Ablehnung, die sie in den Kreisen der Wirtschaftswissenschaft gefunden hat. Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Geheimrat Harns, hat bei seiner Vernichtung vor dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine Meinung darüber klar und hart in dem Satz zusammengefaßt: „Wissenschaftlich ist diese Frage Materialur, und Prof. Bedmann, der Vertreter der Volkswirtschaftslehre an der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn sagte von dieser Begründung, daß sie miserabel ist und daß sie verdient, daß deshalb der Zoll durchfällt.“

Wir stehen also vor dem Schauspiel, daß das deutsche Volk in einer der wichtigsten Schicksalsfragen, von der die ganze künftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens abhängt, in eine Entscheidung hineingezogen werden soll, ohne daß man den gesetzgebenden Körperschaften genügende Zeit zur gründlichen Prüfung läßt und noch dazu zu einer Entscheidung, die von den Vertretern der Wissenschaft fast übereinstimmend als völlig unsinnig und den Interessen der deutschen Wirtschaft direkt zuwiderlaufend bezeichnet wird. Die warnenden Stimmen der Wissenschaft drohen ungehört zu verhallen. Die Reichsregierung und vor allem der Reichsernährungsminister, Herr Graf Ranik scheinen vor ihnen keinen allzu großen Respekt zu haben. So besteht die allergrößte Gefahr, daß das deutsche Volk trotz aller Warnungen in einen Abgrund hineintaumelt, daß es sich selbst den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg verbaut und daß vor allem den Massen der Verbraucher unerträgliche Lasten auferlegt werden, um wenigen Begüterten die Löhne zu füllen, wenn sich nicht noch in letzter Stunde eine entschlossene Macht findet, die sich diesem Treiben entgegenstellt. Nach der ganzen Lage der Dinge ist zu dieser historischen Aufgabe, die, wenn sie gelingt, später einmal als die wirtschaftliche Rettung Deutschlands bezeichnet werden wird, nur eine Masse berufen und insstande: die organisierte Arbeiterchaft und die organisierten Massen der Verbraucher. Sie müssen mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß diese Angelegenheit nicht über das Knie gebrochen wird und daß die von der Regierung immer wieder fabotierte gründliche Prüfung und eingehende öffentliche Diskussion jetzt endlich erfolgt. Sie müssen, wenn es not tut, ihre Stimme so kräftig erheben und ihrer Empörung über den beabsichtigten Raubzug weniger mächtiger Großproduzenten einen so machtvollen Ausdruck verleihen, daß sie nicht überhört werden können. Sie müssen vor allem das gesamte Volk und in erster Linie die arbeitenden Massen bis in den letzten Arbeiterhaushalt hinein unermühtlich aufklären. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau muß begreifen lernen, daß es sich um ihre allerpersönlichsten Angelegenheiten handelt, die hier beraten werden und daß sie es sehr bald auf das allerhandgreiflichste am eigenen Leibe und im eigenen Haushalt verspüren werden, wenn sie es jetzt zulassen, daß man über ihren Kopf hinweg die wirtschaftlichen Angelegenheiten nur nach dem Willen des Großkapitals in Industrie und Landwirtschaft entscheidet. Welche ungeheuren Werte hier in Frage stehen, wie groß die Summen sind, die die Zollinteressenten bei dieser Gelegenheit zu verdienen gedenken und wie erdrückend die Belastung ist, die dabei auf den einzelnen Haushalt entfällt, dafür seien kurz einige Zahlen angeführt. Allein die Agrarzölle, die Zölle auf Brotgetreide und Viehprodukte brachten nach sorgfältigen wissenschaftlichen Berechnungen vor dem Kriege der Landwirtschaft einen Sondergewinn von 1½ Milliarden Mark jährlich. Die Belastung des einzelnen Arbeiterhaushaltes schwankt natürlich je nach der Zahl der Familienangehörigen und je

nach dem Einkommen. Und gerade das ist ja das Unsoziale an dieser Belastung, daß sie um so schwerer wird, je kinderreicher die Familie und je geringer ihr Einkommen ist. Denn gerade die Familie mit dem niedrigsten Einkommen muß den größten Teil ihrer Gesamtausgaben auf die unentbehrlichsten Lebensmittel verwenden. Nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit dürfte damit zu rechnen sein, daß die geplanten Lebensmittelzölle den Haushalt einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie mit etwa 150 Mk. jährlich belasten werden, einer Extraausgabe, die natürlich an anderen Ausgaben, und wenn sie noch so nötig sind, gewaltsam erspart werden muß. Daß für die Arbeiterchaft teurerer Lust besteht, diese Sonderbelastung durch Lohnhöhung abzuwälzen, dafür dürfte durch die Ergebnisse aller Lohnverhandlungen in der letzten Zeit der deutlichste Beweis geliefert worden sein.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftspresse, an dieser Klärungsarbeit mit allen Kräften mitzuwirken. Aus diesem Grunde sollen alle wichtigen Fragen des zur Beratung stehenden Zolltarifes, in erster Linie natürlich immer wieder die Lebensmittelzölle, und ebenso alle wichtigen Entscheidungen, die sich aus der weiteren parlamentarischen Behandlung noch ergeben können, an dieser Stelle eingehend und von sachkundiger Seite erörtert werden.

Die „Preisschere“.

Unter dieser Ueberschrift wird in Nr. 432 der „Frankfurter Zeitung“ ein Zahlenbild über das Angebot und von den Landwirten bei jeder Gelegenheit behauptete Mißverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Produkte und landwirtschaftliche Produktionsmittel aufgemacht. Das Zahlenbild ist aufgebaut auf die auch von uns schon wiederholt wegen ihrer Unvollständigkeit bemängelten Zusammenstellungen der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer. Es hat dieses Aussehen:

Berliner Preise in Mark:
Landwirtschaftliche Erzeugnisse.

	Mat 1913	Jan 1924	Mat 1925
Roggen	1/3 dz 8,35	0,95	11,11
Kartoffeln	1/2 dz 2,25	2,18	1,824
Butter	1/2 kg 1,10	1,30	1,50
Öfen	1/2 dz 41,68	31,86	39,41
Schweine	1/2 dz 43,12	47,86	51,14

Landwirtschaftliche Betriebsmittel.

Stabeisen	1 t 175,0	233,01	230,35
Schief. Grob. Stein	1 t 24,25	32,80	29,05
Mais	1/2 dz 7,29	8,80	11,09
Superphosphat	kg % 0,35	0,408	0,44
Thomasmehl	kg % 0,29	0,355	0,325
Ammoniak	kg % 1,30	1,15	1,15
40 % Kalidüngesatz kg %	0,164	0,168	0,176
M. Maschinen u. Geräte	1785,0	2541,0	2110,4
Seiler- und Behwären	52,07	93,15	59,68
Geschirre und Schuhe	310,0	168,0	395,0

Wie die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ kommen auch wir bei der Betrachtung dieses Zahlenbildes zu der Ueberzeugung, daß von einer „Preisschere“, sprich Mißverhältnis, zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produktionsmittel so gut wie nicht mehr die Rede sein kann. Beim Roggenpreis sehen wir eine Uebersteigerung des Friedensniveaus um ein Drittel. Noch stärker nimmt sich das Steigerungsverhältnis bei Weizen, Gerste und Hafer aus, Produkte, die leider in der Zusammenstellung nicht genannt werden. Für Weizen war der Börsenpreis kürzlich 270 Mk. pro Tonne gegenüber 199 Mk. im Frieden! Auch die Milchzeugnisse weisen einen sehr günstigen Preisstand gegenüber der Vorkriegszeit auf. Bei den Preisen für Produktionsmittel ist nur an sehr wenigen Stellen eine Steigerung über ein Drittel zu verzeichnen. Besonders auffällig sind auch nach der Auffassung der „Frankfurter Zeitung“ die Steigerungen bei den für die Landwirtschaft so bedeutungsvollen Dingenmitteln: Thomasmehl ist um 16, Kalidünger nur um 7 Proz. gestiegen, Ammoniak ist im Preise sogar um 12 Proz. gesunken.

Hienach sollte das Argument von der „Preischere“ fallen gelassen werden. Es kann nur noch auf oberflächlich denkende Kreise wirken. Dafür sollte man aber überlegen, ob es nicht richtiger wäre, die hohen Preisforderungen für Geschirre und Schuhe, Mäis und Einbeisen zum Anlauf zu nehmen, mit uns nachdrücklich gegen jede Einführung von Eisen- und Futtermittelzöllen zu wirken.

18. Bundesausschussfassung des ADGB.

In seiner 18. Sitzung, die am 12. Juni begann, beschäftigte sich der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zunächst mit der Denkschrift über Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftstriebe und Währung, die von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Reichsregierung im Mai unterbreitet wurde. Der Ausschuss trat in einer vom Bundesvorstand vorgelegten, einmütig angenommenen Entschiedenheit den Forderungen der Arbeitgeber entgegen (siehe vorige Nr. d. Z.). Die Arbeitgeberverbände haben ihre Forderungen nicht durch neue Gründe gestützt; es sind die gleichen Argumente, mit denen sie schon seit Jahren operieren. Aber sie haben bei der jetzigen Reichsregierung mehr Aussicht, Entgegenkommen für ihre Bestrebungen zu finden. Aus diesem Grunde hielt es der Bundesausschuss für notwendig, durch seine Kundgebung die Regierung Luther im Interesse der Wirtschaft zu warnen, den Anregungen der Unternehmer stattzugeben, da sie nur zu scharfen Kämpfen führen können.

Nach Annahme dieser Antwort an die Arbeitgeberverbände wandte sich der Ausschuss den beiden bedeutungsvollen Fragen zu, die den Hauptinhalt seiner diesmahligen besonders wichtigen Tagesordnung bilden: dem gewerkschaftlichen Organisationsproblem und der Abwehr der Hochschulzölbestrebungen.

Seit dem Leipziger Kongress, der Bundesvorstand und Bundesausschuss beauftragt hatte, einen Plan für den organisatorischen Aufbau von Industrieverbänden vorzulegen, ist die Organisationsfrage in eingehenden Beratungen einer eigens zu diesem Zweck eingesetzten Kommission nach allen Seiten erörtert worden. Die Abgrenzung der Industrie wurde an Hand eines vorläufigen Schemas zwischen den beteiligten Verbänden Anfang d. 3. in längeren Verhandlungen besprochen. Die Beratungen der Kommission, die nach diesen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, führten zwar nicht zu einem einmütigen Ergebnis, aber doch zu einer bedeutsamen Klärung der Anschauungen.

Die Anhänger der Industrieverbände haben dem Ausschuss einen von dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Dismant, ausgearbeiteten Plan vorgelegt, der sowohl allgemeine Richtlinien für die Schaffung von Industrieverbänden aufzuzeigen versucht, wie im einzelnen den organisatorischen Aufbau und den Wirkungsbereich der zu schaffenden Industrieverbände darzulegen unternimmt. Nach Überzeugung dieser Gruppe ist es durchaus möglich, einen einheitlichen Plan zur Durchführung zu bringen.

Dieser Auffassung widerspricht eine zweite Gruppe, die die Organisationsumformung der Gewerkschaften im Sinne des Leipziger Beschlusses nicht für sachlich notwendig hält, da die industrielle Konzentration sich weder so einheitlich und schnell noch in der Richtung vollziehe, wie von der ersten Gruppe angenommen wurde. Sie hält einen Umbau der Gewerkschaften auf Grund des Leipziger Beschlusses durch gegenseitige Vereinbarung nicht für möglich und erklärt es für unzumutbar, die bisherige organische Entwicklung durch gewaltsame Eingriffe stören zu wollen.

Eine dritte Gruppe hält zwar auch die zwangsweise Durchführung des Neuaufbaues der Gewerkschaften nicht für angebracht, aber sie erkennt doch im Gegensatz zu der zweiten Gruppe die grundsätzliche Richtigkeit der dem Leipziger Beschluss zugrunde liegenden Auffassung über den Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen auf die Bestaltung des Organisationsaufbaues an. Auch sie wendet sich gegen eine zwangsweise Lösung und hält eine gesunde Entwicklung nur durch gegenseitige Verständigung der beteiligten Gewerkschaften über die zweckmäßige Abgrenzung der Organisationsgebiete oder Zusammenlegen von Organisationen für möglich. Den beiden letztgenannten Gruppen gemeinsam ist die Auffassung, daß neben der Vereinheitlichung der Verwaltung usw., ein Ausbau der Bundeseinrichtungen für die gemeinsame Interessensvertretung auf wirtschaftlichem, sozialpolitischem, sozialpolitischem und rechtlichem Gebiete wünschenswert sei.

Der Bundesvorstand hat zu der Organisationsfrage erst Stellung nehmen können, als Ende der vergangenen Woche das Ergebnis der Beratungen der Kommission vorlag. Seine Meinung geht dahin, daß zwangsweise durch einen verbindlichen Kongreßbeschluss eine Lösung des Organisationsproblems nicht möglich sei. Dagegen glaubt er, durch eine Veränderung der Bundeslagen die erstrebte Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte wirksam fördern zu können.

Nach eingehender Erörterung der entgegenstehenden Anschauungen wurde einmütig beschlossen, die Verhandlungen über das gewerkschaftliche Organi-

salionsproblem auszusetzen, um den Vorständen der Verbände Gelegenheit zu geben, die dem Ausschuss unterbreiteten Vorschläge noch einmal zu prüfen. Die endgültige Entscheidung über die Vorlagen wird in der nächsten Bundesausschussfassung vorgenommen werden.

Die Sitzung am 13. Juni wurde durch ein Referat eines Vertreters des Bundesvorstandes über die Schutzloorklage der Regierung eingeleitet. In der Aussprache kam die entschiedene Ablehnung der Regierungsvorlage durch die Zentralvorstände scharf zum Ausdruck. Einmütig wurde die in der Gewerkschaftszeitung Seite 353 veröffentlichte Entschliessung angenommen.

Die Zentralvorstände haben sich im Geiste dieser Entschliessung einmütig bereiterklärt, sich an der planmäßigen Abwehraktion gegen die schutzloorknerischen Bestrebungen von Regierung, Industrie und Landwirtschaft nachdrücklich zu beteiligen und zu diesem Zweck 10 Pf. pro Mitglied zu bewilligen.

Der Bundesvorstand beschloß, im Bundesbureau eine Abteilung für Gewerbehygiene zu errichten. Von der weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder wurde anerkannt, daß durch diese Erweiterung des Verbandsbureaus nicht nur einem dringenden und häufig empfundenen Mangel abgeholfen wird, sondern daß es sich hier um einen Aufgabenteil handelt, der wirksam nur von der Bundesleitung in Angriff genommen werden kann. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß die Delegierten sich für die aus diesen Gründen notwendige Erhöhung der Bundesbeiträge bei ihren Vorständen einsetzen werden.

Der Ausschuss wandte sich sodann der Erörterung der Anträge zu, die der Bundesvorstand zur Veränderung der Bundesfassungen eingebracht hat. Zum Teil handelt es sich um rein redaktionelle Veränderungen; zum Teil um Vorschläge, die eine Vereinfachung der Verwaltung bezwecken. Ueber die vorgeschlagenen Änderungen wird endgültig erst in der nächsten Ausschussfassung entschieden werden.

Am Schluss der Tagung beschäftigte sich der Ausschuss mit einer von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten eingebrachten Vorlage zur Einrichtung eines Sparvereines zunächst im Kreise der Gemeinheitsmitglieder. Die Vorlage wurde vorläufig zur Kenntnis genommen.

Die nächste Bundesausschussfassung wird am 3. und 4. Juli stattfinden.

Berichte von der Werbewoche.

Bayern.

Kollege Gask schildert die Eindrücke seiner Tour und berichtet von Würzburg, daß die Organisationsdarniederliegt. Die Tapezierer- und Handwertstatlerbetriebe am Ort sind sehr schlecht organisiert, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse liegen darnieder. Um wieder zu geordneten Verhältnissen zu gelangen, ist es notwendig, daß jeder einzelne Kollege am Aufbau der Organisation mitarbeitet. In A n s b a c h herrscht die Fahrzeugbranche (Kinderwagen) vor. Die Organisationsverhältnisse sind gut, jedoch wird über schlechten Geschäftsgang geklagt. In K o h e n b u r g o. d. T a u b e r bestehen ebenfalls zwei Kinderwagenfabriken. Die Kollegen haben darunter zu leiden, daß die gemeinten Sattler durch ungelernete Arbeitsträge verdrängt werden. In beiden Verfassungen wurde den Ausführungen des Referenten zugestimmt. Eine reine Portefeuller-Fabrik ist E r l a n g e n. Der Geschäftsgang ist äußerst ungunstig. Ein beträchtlicher Teil der Belegschaft arbeitet nur zwei bis drei Tage pro Woche. In der Aussprache nach dem Referat wurde besonders die Lohnentwicklung kritisiert. B a m b e r g hatte einen sehr guten Versammlungsbefuch und wurde über das Referat in sehr sachlicher Weise debattiert. Auch hier ist der Geschäftsgang in der Lederwarenindustrie sehr schlecht und hat der größte Betrieb auf drei Wochen geschlossen. Ungünstig ist auch die Konjunktur in der Korbmöbelindustrie, die die Mehrzahl unserer Verbandskollegen in R o b u r g beschäftigt. Der größte Teil dieser Kollegen arbeitet verkürzt. In der Wagenbranche wurde ein Tarif abgeschlossen und die Löhne neu geregelt. Die Ortsleitung gibt sich alle Mühe, die Organisation hochzuhalten. Dieser Wunsch kam auch in der dem Vortrag folgenden Aussprache zum Ausdruck. Auf Wunsch der Nürnberger Ortsverwaltung fand dort ebenfalls eine Versammlung statt und wurde das Referat besänftigt aufgenommen.

In den meisten Orten war die Stimmung unter den Kollegen gut, trotz der an einigen Orten ungunstigen Wirtschaftslage. Der Wille zu eifriger Verbandsarbeit ist vorhanden.

Kollege B ö h n e r - N ü r n b e r g referierte in Regensburg, Augsburg, Neumün, Elm und Reutlingen. Die Versammlung in Regensburg, der neugegründeten Verwaltungsstelle, war den Verhältnissen entsprechend gut besucht. Weitere Neuaufnahmen wurden gemacht. Der Geist unter den Mitgliedern berechtigt zu den besten Hoffnungen. Auch in A u g s b u r g war die Versammlung gut besucht. Erfreulicherweise waren viele junge Kollegen anwesend. Mehrere Aufnahmen wurden gemacht. Ein Kollege,

der Union angehörend, versuchte für diese Propaganda zu machen, hatte jedoch kein Glück damit. In Elm hätte der Versammlungsbefuch besser sein können, noch dazu, wo man schon öfters den Wunsch geäußert, Kollege B ö h n e r möchte dorthin kommen, um ihm einmal den Kopf zu waschen, weil nach Meinung der Ulmer Kollegen die Lohnabkommen für die Lederwarenindustrie Bayerns nicht immer so ausfallen, wie es sein müßte. Auch in den Betriebsversammlungen bei Leptah und Römer, Neumün, wurde referiert. In beiden Versammlungen wurde die Schwierigkeit bei den Lohnverhandlungen dargestellt. Wie immer, die Körperlärmen nicht da. Geübt wurde, daß man beschloß, einen Vertreter von Neumün, das bekanntlich bayerisches Gebiet ist, zu der nächsten Lohnverhandlung zu entsenden. Der Veruch, die Löhne des Württemberger Abkommens auch für Neumün gelten zu lassen, scheiterte. Ein lebhafter Diszussion folgte nach dem Vortrag in der Versammlung in Reutlingen ein. Die Kollegen und Treibernere sind gut organisiert. Nur einige Älten haben aus Menschlichen Gründen den Weg zum Verband bisher nicht wieder gefunden. Auerkann wurde allerorts, daß die Werbewoche mit den Versammlungen ermuntert für die Verbandsache gewirkt hat.

Südwestdeutschland.

Der Referent Kollege Buch berichtet über Wiesbaden. Außer einigen Sattlern werden überwiegend Tapezierer am Ort beschäftigt. Etwa 98 Prozent der Kollegen sind organisiert. In der sehr lebhaften und anregenden Diskussion nach dem Referat wurde unter anderem über die Organisationsform gesprochen. Die Tapezierer am Ort fühlen sich zurückgesetzt. Der Referent widerlegte diese Ansicht. Eine Umfrage am Ort hat ergeben, daß 22 Sattlermeister nur 4 Gehilfen beschäftigen. Der Versammlungsbefuch war beschreibend, im Gegensatz zu M a i n z, wo der Befuch besser hätte sein können. In der Aussprache über das Referat wurde Klage darüber geführt, daß der Lederwarenfabrik für Mainz nicht allgemeinerbindlich erklärt worden ist. Der Referent verweist darauf, daß der Verbandsvorstand alles getan hat, um dieses für Mainz zu erreichen und verweist auf die erneut angestrebten Verhandlungen. Die Organisationsleistung am Ort ist beschränkt, den Verband auszubauen, doch stellen sich dem allerdings Schwierigkeiten entgegen. Die Mittwochsversammlung in M ü s s e l s h e i m stand unter dem ungunstigen Einfluß der tropischen Hitze. Hier besteht der Droschke Autobotrieb. Die Belegschaft vergrößert sich andauernd. Im Bereich ist der Serienbau eingeführt. Die Kollegen wünschen eine Autofabrikentwerfer, um die Entwicklung in der Produktion zu fördern. Frankfurt a. M. hatte schlechten Versammlungsbefuch. In der Diskussion wurden die Verhältnisse in der Produktion am Ort berührt, die zu einem Abwandern vieler Kollegen zu andere Erwerbsmöglichkeiten und damit zur Abnahme der Mitgliederzahl geführt haben. Ein Offenbacher Kollege griff den Hauptvorstand an. Er war demselben vor, daß er im Vorjahr beim Offenbacher Streit keine Anleihe aufgenommen habe, um den Streit fortzuführen und kritisierte die Gehälter der Angestellten. Der Referent stellte diese Ausführungen richtig. Die Autofabrik klagen über die Lohnregelung, die unzufriedenstellend gelöst wird und den Sattlern infolge ihrer geringen Anzahl nicht den genügenden Einfluß läßt. Die Darmstädter Versammlung nahm in der Debatte zur Aussparung der Holzarbeiter Stellung. Die große Anzahl der am Ort vorhandenen Tapeziererlehrlinge wurde kritisch beleuchtet. Die Tapezierer, die hier in der Lederzucht sind, haben ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Die gewerkschaftliche Zusammenarbeit ist als gut zu bezeichnen. In H e i l b r o n n sind in drei Betrieben Autofabrik beschäftigt und reiflos organisiert und bilden die Mehrzahl der Ortsgruppe. Im Vordergrund der Debatte über den Vortrag standen die Produktionsmethoden. Auch vertrat man den Standpunkt, daß eine Autokonzession während wirken würde.

Das Resümee der Agitationstour ist, daß keine Mitglieder gewonnen und durch den Gedankenaustausch neue belebende Anregung gegeben wurde. Die Agitationstour des Kollegen G e r t i n g i n M ü n s t e r, O s n a b r ü c k, Bielefeld, Kassel und Hagen. Die Ausführungen des Referenten wurden allgemein aufgenommen und in der Diskussion auf die Lage und Verhältnisse in der Lederwarenindustrie eingegangen, die dringend einer Regelung bedürfte. Die Arbeitgeber werden immer höflicher in der Abweilung berechtigter Forderungen. Das trifft vor allem auf Söllingen und Münster zu. In Werkstattversammlungen muß man die jungen Kollegen über alle Fragen aufklären.

Am besten gut war die Versammlung in O s n a b r ü c k, wo das Versammlungsleben, beeinflusst von einer guten Führung, auch auf den Schultern der jungen Kollegen mit aufgebaut ist. Wagenstatler und Tapezierer arbeiten gut zusammen und geloben auch den letzten schwankenden Kollegen der Organi-

